

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Haus- und fachärztliche Versorgung in Bewegung - unter diesem Titel fand jüngst eine gesundheitspolitische Konferenz im Bezirk statt. Um Gesundheitspolitik geht es auch im Porträt „Zur Person“ auf der folgenden Seite Seiten 1/2

Der Newsletter oder Neuigkeitenbrief von Petra Pau (MdB) ist immer wieder lesenswert. Internetnutzer sollten ihn abonnieren. Denen, die das nicht tun können, haben wir einige Auszüge in dieser Ausgabe platziert Seite 3

Die Jugendseite - die elfte in Folge - mit den Themen: Punk-Festival feiert sein fünfjähriges Bestehen / Vom „Resist to Exist“ zu „Rock für Links“ / K wie Kommunismus / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte Seite 7

Dagmar Pohle

Haus- und fachärztliche Versorgung in Bewegung

Im Juni fand die 5. kommunale Gesundheitskonferenz zu o.g. Thema statt. Ausgangspunkt unserer Überlegungen zu solch einer kommunalen Gesundheitskonferenz bildete das von Patientinnen und Patienten erlebte Spannungsfeld zwischen den statistischen Daten der ärztlichen Versorgung und den mitunter auch erfolglosen Bemühungen, einen zeitnahen Termin zur ärztlichen, v. a. fachärztlichen Behandlung zu erhalten. Es ging und geht um das Spannungsfeld zwischen den offiziellen Aussagen der kassenärztlichen Vereinigung Berlin (KVB), dass wir eine ausreichende und gute ambulante Versorgung in Berlin und auch in Marzahn-Hellersdorf hätten und den Erfahrungen von Pflegekräften und Angehörigen von hochaltrigen Menschen in Pflegeeinrichtungen, dass es unendlich schwerer geworden ist, eine fachgerechte Versorgung vor Ort zu erhalten. Drehtüreffekte der wiederholten Einweisung in Krankenhäuser wegen fehlender Hausbesuche in Heimen und „grenzenloser“ Verwaltungsaufwand für Betreuende eingeschlossen. Es ging und geht um das Spannungsfeld zwischen angemahnter und notwendiger psychotherapeutischer Versorgung von Kindern und Jugendlichen statt vorschneller medikamentöser Behandlung und einer Versorgungsquote für ärztliche und psychologische PsychotherapeutInnen für Marzahn-Hellersdorf von 31 %.

Im Rahmen verschiedener bezirklicher Veranstaltungen und Gremien wurde und wird auf die z. T. besorgniserregende Entwicklung in der ambulanten Versorgung aufmerksam gemacht. Diejenigen, die es tun, haben nicht die grundsätzliche Lösungskompetenz, stehen aber kommunalpolitisch oder als Leistungs-

anbieter gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Patientinnen und Patienten in der Pflicht und sind oftmals unmittelbare Ansprechpartne-

über dem Zulassungsausschuss gegen Ablehnungen von Niederlassungsanträgen von Kinderpsychotherapeuten zu intervenieren.



Zeichnung: Motzkau

Im Interessenverbund „Gesundheit im Alter“ werden wir die Frage weiter diskutieren, ob Träger von Pflegeeinrichtungen die Möglichkeiten der Gesundheitsgesetzgebung nutzen werden, wieder mit angestellten ÄrztInnen in ihren Einrichtungen zu arbeiten.

Die Beiträge der Konferenz werden auf der Homepage des Bezirksamtes unter www.marzahn-hellersdorf.de

rInnen für individuelle aber auch allgemeinere Probleme und Fragestellungen.

Deshalb haben wir den Dialog der vor Ort Tätigen mit den verschiedenen Entscheidungsträgern, mit VertreterInnen des Bundesministeriums für Gesundheit, der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, der Krankenkassen und der Landespolitik über Lösungsansätze geführt, konkrete Kooperationsmöglichkeiten zur Verbesserung der Versorgungssituation ausgelotet und angeregt.

Konkrete Handlungsschritte nach der Konferenz sind für die Kommunalpolitik u. a., den Nachweis gegenüber der KVB für einen lokalen Versorgungsbedarf zu führen, gegen-

de unter dem Button Gesundes Städte-Netzwerk veröffentlicht.

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Martina Jetschick / Petra Pau (MdB): Die Verhältnisse beginnen zu tanzen

Seite 3:

Jüdisches Leben in der DDR

Seite 4:

Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

Landes- und Kommunalpolitisches

Seite 6:

Siedlungsgebiete / Politische Bildung

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Zur Person: **Martina Jetschick**

Mit Kompetenz überzeugen und die Politiker sensibilisieren

Martina Jetschick ist Bürgerdeputierte für die Linksfraktion im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Senioren. Die gelernte Krankenschwester mit 22 Jahren OP-Erfahrung ist seit 2002 in der stationären Altenpflege tätig, seit 2004 in leitenden Funktionen. Das Diplom im Pflegemanagement hat sie neben ihrer Arbeit in einer Vollzeitstelle erworben! Ihr obliegen Personalentwicklung und Qualitätsmanagement in den Einrichtungen der „Alpenland Pflegeheime Berlin GmbH“. Mit Schulungen und erneuten Kontrollen werden Verbesserungspotentiale bearbeitet.

Auch mit Blickrichtung auf die Politik engagiert sich Martina Jetschick seit 1998 aktiv im „Netzwerk im Alter“ im Bezirk. Die Schwerpunkte liegen in der Entwicklung der Pflegepolitik und in der Betreuung pflegebedürftiger Menschen und dem Versuch, beides zu koppeln. Neu für mich war die Tatsache, dass sich die Versorgung



Martina Jetschick. Foto: S. Behrens

der Pflegebedürftigen in Marzahn-Hellersdorf vor Ort mit Ärzten als eine schwierige Situation darstellt und es kompliziert ist, dafür Ärzte zu finden. Da viele ältere Mediziner bald ihre Tätigkeit aufgeben werden, muss mit einem Abwandern von Praxissitzen gerechnet werden.

Dennoch sind wir ein starker Bezirk, so meine Gesprächspartnerin. Stark im Bezug auf Netzwerke, „da sind wir beispielhaft in Deutschland“. So ist die Teilnahme am Netzwerk, das seit elf Jahren existiert, kostenfrei und offen für Fachleute aus dem Pflegebereich, pflegende Angehörige, interessierte

Bürger, Politiker. Vierteljährlich findet das Gerontoplenum statt, jährlich eine Fachtagung, in diesem Jahr zu Demenzerkrankungen. Rechenschaft über die Aktivitäten wird in der Senioren-BVV abgelegt.

Als Bürgerdeputierte sieht Martina Jetschick hier die Chance, mit ihrem theoretischen und praktischen Wissen auf Wünsche und Bedürfnisse der Bürger aufmerksam zu machen, die Ausschussmitglieder dafür zu interessieren und zu sensibilisieren. Die müssten nach ihrer Ansicht allerdings die gleiche Gesprächsgrundlage haben. Das A und O der Kommunalpolitik sei nicht nur Präsentationsarbeit, sondern die inhaltliche Beschäftigung. Dazu seien auch überparteiliche Schulungen, vielleicht Arbeitsgruppen notwendig. Gelegenheiten, wie die kommunale Gesundheitskonferenz, sollten mehr genutzt werden.

Martina Jetschicks besonderes Engagement gilt den Menschen mit Behinderung, für die und deren Probleme sie sich mehr Akzeptanz wünscht und Barrierefreiheit in der gesamten Stadt fordert.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB):

Die Verhältnisse beginnen zu tanzen

Im Bundestag ist Kehraus-Stimmung. Die Sommerpause naht und mit ihr auch die Frage: Was hat DIE LINKE vermocht? Selbst konservative Kritiker meinen: DIE LINKE hat die Verhältnisse zum Tanzen gebracht. Denn seit Monaten bestimmen wir die Themen. Das war vor Jahren noch undenkbar.

Wir hatten schon 2002 gesetzliche Mindestlöhne gefordert. Denn von Arbeit muss man leben können. Von Stundenlöhnen zwischen 3 und 5 Euro kann man das nicht. Inzwischen hat die SPD das Thema für sich entdeckt. Sie tut grad so, als sei sie die Erfinderin der Mindestlöhne.

Wir hatten 2005 gedrängt: Die Pendler-Pauschale muss bleiben. Denn man kann Menschen nicht zwingen, immer weiter der Arbeit hinterher zu fahren und sie das Ganze auch noch bezahlen lassen. Inzwischen setzt sich die CSU als Robin Hood der Pendlerpauschale in Szene.

Wir haben immer gesagt: Es ist schreiend ungerecht, dass Ost-Bürgerinnen und -Bürger noch immer benachteiligt werden. Und das fast 20 Jahre nach der deutschen Einheit. Inzwischen inszeniert sich sogar die FDP als Ost-Anwalt. Sie fordert plötzlich eine Anglei-

chung der Ost-Renten ans West-Niveau.

Kurzum: DIE LINKE hat im Bundestag die soziale Frage und die Frage der unvollendeten deutschen Einheit wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Und alle anderen Parteien spüren: Sie müssen sich diesen Fragen neu stellen. Ist also alles auf dem besten Wege? Mitnichten!

Wer nämlich genau hinhört, wird merken: Insbesondere die Union und die SPD führen ein grandioses Verwirr-Spiel auf. In jedem Schmierentheater wäre es Kult, aber mitnichten für die Betroffenen im wahren Leben. Kurzfassung: Immer, wenn eine Koalitionspartei Ja sagt, sagt die andere Nein.

Die SPD fordert Mindestlöhne. Die CDU kontert: „Nicht mit uns!“ Die CSU will zurück zur Pendler-Pauschale. Die SPD stemmt sich dagegen. Und so kann man den gesamten Sozial-Katalog durchgehen. Unter dem Strich wird unglaublich viel geredet und genauso viel verlässlich verhindert.

Was also hat DIE LINKE vermocht? Wir haben die Verhältnisse zum Tanzen gebracht. Ausrufezeichen! Aber noch sind wir bestenfalls beim Wiener Walzer.

Zur Kasse bitte ...

Der Berliner Bürger verbrauchte 2007 im Schnitt täglich 111 Liter, das sind 4 l weniger als noch 2006.

Dafür zahlt er 16,35 EUR monatlich (35 Cent weniger als 2006) für Trink- und zugleich Abwasser.

Die Kosten der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind zu 80% fix und müssen jährlich auf immer weniger Kubikmeter umgelegt werden.

Auch weil der Wasserpreis für die Industrie gesenkt wurde, zahlen die privaten Haushalte seit Jahresbeginn 2007 einen um 1,9% erhöhten Gesamttarif. Trotzdem sank der Umsatz der BWB von 1,124 Mrd. EUR 2006 auf 1,117 Mrd. EUR in 2007.

Zum Glück gewannen die BWB einen Rechtsstreit mit dem Land Berlin (51% Anteilseigner) zur Vergütung der Straßenregenentwässerung – die bezahlt der Berliner Steuerbürger. So lag der Jahresüberschuss 2007 bei 177 Mio. EUR gegenüber 98,2 Mio. EUR in 2006. Egal, ob die BWB Gewinn erwirtschaften oder keinen – dank des damaligen CDU-SPD-Senats sind die Berliner Wasserbetriebe seit 1999 mit einem Geheimvertrag geknebelt, der ihren privaten Anteilseignern eine Mindest-Rendite garantiert.

Nichts ist umsonst...oder

„Ohne Wasser, merkt euch das, wär'..“ für RWE und Veolia die Bilanz nicht so toll. Weshalb also sollten sie ihre Anteile wieder hergeben?

R. Rüdiger

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

Jüdisches Leben in der DDR – wenig bemerkt

Petra Pau und die Arbeitsgruppe Politische Bildung hatten für den 12. Juni 2008 Irene Runge (Jüdischer Kulturverein) zu einem Gespräch über jüdisches Leben in der DDR eingeladen. Obwohl es an diesem Abend ein „wichtiges“ Fußballspiel gab, waren ca. 35 Interessierte der Einladung gefolgt, ältere und jüngere, aus unserem Bezirk aber



Irene Runge und Petra Pau während der Veranstaltung.

Foto: R. Schilling

auch von weiter her.

Irene Runge, die in Amerika geboren wurde, kam nach 1945 mit ihren Eltern in die DDR, ihre jüdische Herkunft spielte zunächst keine Rolle. Jüdin sein und jüdisches Leben und jüdische Religion zu praktizieren kam in der DDR lange nicht infrage. Dabei spielte eine nicht unwesentliche Rolle das Verhältnis der DDR zu Israel und zu Palästina.

In der DDR gab es nach den Erfahrungen von

Irene Runge keinen direkten Antisemitismus, aber viele Erscheinungen von indirektem. Es gab aber auch keine öffentliche Auseinandersetzung mit diesem verdeckten Antisemitismus als eine Nachwirkung von zwölf Jahren Faschismus.

1989 wurde der Jüdische Kulturverein gegründet, der auch an den Beratungen des

zentralen Runden Tisches teilgenommen hat und u.a. die Forderung durchgesetzt hat, Juden aus der Sowjetunion die Einreise zu ermöglichen. Seit den 90er Jahren setzt sich der Verein sehr für die Integration jüdischer Menschen, die aus Russland kommen, ein.

In der DDR hat es jüdische Menschen gegeben, aber kaum praktiziertes jüdisches Leben und jüdische Religion, deshalb auch wenig Wissen darüber. Nach der Wende hat sich auch in Berlin eine größere jüdische Gemeinde entwickelt, die sich sehr unterschiedlich zusammensetzt:

jüdische Menschen, die in der DDR gelebt haben, solche, die vor allem aus Russland zuwandern, aber auch junge Menschen aus Israel halten sich zeitweilig in Berlin auf.

Fragen, die an Irene Runge, aber auch an Petra Pau gestellt wurden, kamen sehr schnell auf das Thema Israel. Das ist jedoch ein Thema, das in einer weiteren Veranstaltung zu behandeln sein wird.

Renate Schilling

Horte in freie Trägerschaft? Nein, danke!

Im Land Berlin stellt der Bildungssenator Herr Zöllner (SPD) 200 zusätzliche Erzieherstellen bereit, wenn diese im Bereich der Horte (sozialpädagogische Betreuung) künftig mit freien Trägern der Jugendarbeit kooperieren. Richtig ist, auch in den Grundschulen unseres Bezirkes fehlen Erzieherinnen. Die Personalausstattung ist schlecht. Aber die Kooperation mit freien Trägern und die Versetzung der öffentlichen Erzieher an andere Standorte oder den Überhang ist hier nicht die Lösung. Die zwischen den Lehrern, Erziehern und Eltern erarbeiteten Schulkonzepte werden mit so einer Praxis in Frage gestellt. Zwischen den ErzieherInnen der Horte, dessen Arbeit wir sehr schätzen, und den Schülern im Grundschulalter haben sich wichtige Beziehungen entwickelt. ErzieherInnen sind aus unserer Sicht wichtige Bezugspersonen für die Kinder. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen LehrerInnen, ErzieherInnen und Elternhaus ist eine wichtige Voraussetzung für die Qualität der pädagogischen Arbeit. Sie bestimmen in der Gesamtschulkonferenz entsprechend des neuen

Schulgesetzes die wichtigsten Handlungsfelder und Profile der Grundschulen. MitarbeiterInnen freier Träger würden gar nicht in der Gesamtschulkonferenz vertreten sein. ErzieherInnen der öffentlichen Einrichtungen werden nach Tarif entlohnt und bei den freien Trägern gibt es lediglich eine angenäherte Entlohnung. Die Fraktion der Linken fordert das Bezirksamt deshalb auf, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass die offenen und gebundenen Ganztagschulen in öffentlicher Trägerschaft belassen werden. Zugleich ist den Schulen ausreichend Personal für die öffentlichen Horte zur Verfügung zu stellen. Die Vorsitzende des Bildungsausschusses der BVV Ute Thomas (Die Linke) hat in den Ausschusssitzungen der BVV und bezirklichen Gremien diese Position schon mehrfach fachlich und politisch begründet. Statt der Übernahme der Horte durch freie Träger brauchen die öffentlichen Schulen mehr Personal und Sicherheit bei ihren Planungen für das kommende Schuljahr.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender

Ohne besseren Datenschutz droht Super-GAU

Chipkarten mit Lohn- und Gehaltsdaten sollen eingeführt werden und künftig auch bei weiteren Behörden relevant sein. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Ob Lohn-Karte oder Gesundheits-Karte, fachlich kann das durchaus sinnvoll sein. Aber wenn bei alledem der Datenschutz nicht auf die Höhe des 21. Jahrhundert gehievt wird, dann droht ein Daten-Super-GAU.

Der Datenschutz ist aber nicht auf der Höhe der Zeit, nicht rechtlich und nicht praktisch. Das zeigten die Schnüffel-Aktionen bei LIDL, das zeigte der Daten-Missbrauch durch die Telekom und das zeigt die aktuelle Melde-Daten-Panne in 15 bis 200 Kommunen.

Der Datenschutz muss daher endlich explizit ins Grundgesetz, und der Datenschutz muss zugleich rechtlich besser untersetzt werden.

Daten-Klau ist kein Kavaliere-Delikt

Verstöße gegen den Datenschutz und gegen Persönlichkeitsrechte nehmen zu. Dazu Petra Pau:

Erst LIDL, dann die Telekom, nun die Lotto-Gesellschaft und die Süd-West Metall- und Elektroindustrie: Immer dreister werden der Datenschutz ignoriert und Persönlichkeitsrechte verletzt, von Staats wegen und von privat.

Deshalb: Der Worte sind genug gewechselt, der Bundestag muss endlich handeln. Der Datenschutz muss als Grundrecht explizit im Grundgesetz verankert werden. Womit der Bundestag lediglich nachholen würde, was das Bundesverfassungsgericht bereits mehrfach betont hatte.

Außerdem muss das gesamte Datenschutzrecht den Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Und es muss klar gestellt werden: Datenklau ist kein Kavaliere-Delikt, sondern ein Angriff auf Persönlichkeitsrechte und damit auf unverzichtbare Grundlagen der Demokratie.

Aus: Newsletter von Petra Pau (DIE LINKE. im Bundestag), 27. Juni 2008

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:
http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

Bei anderen gelesen:

Zitat der Woche unter
<http://zitate.net/>

Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt.

Albert Einstein, 14.03.1879-18.04.1955, deutscher Physiker und Nobelpreisträger

BVV gegen Zwangsprivatisierung von Schulhorten

Am 26. Juni trafen sich die Verordneten zur BVV-Sitzung im Freizeitforum Marzahn, die diesmal ganz im Zeichen der Bildungspolitik stand. Zu Beginn der Sitzung fand die erste Lesung des Entwurfs zum bezirklichen Schulentwicklungsplan statt, der von Bildungsstadtrat Komoß (SPD) an die BVV übergeben und in den Bildungsausschuss überwiesen wurde. Gordon Lemm (SPD) sowie Ute Thomas (DIE LINKE) würdigten beide die hohe Qualität der Planung, bei deren Erarbeitung sowohl die Schulleiterinnen und Schulleiter einbezogen als auch der Blick geweitet und der Stellenwert der Schulen als wichtige Bestandteile des Sozialraums berücksichtigt wurden. Sowohl SPD als auch DIE LINKE betonten den hohen Stellenwert des Projekts zur Gemeinschaftsschule im Bezirk.

Der zweite Schwerpunkt betraf ebenfalls die Bildungspolitik. Mit einer dringlichen Anfrage machte die Linksfraktion auf die skandalöse Personalsituation in den Berliner Grundschulen aufmerksam. Nachdem Bildungssenator Zöllner (SPD) am 14. Mai in einer Pressemitteilung noch vollmundig angekündigt hatte, den extrem unterversorgten Berliner Grundschulen für das nächste Schuljahr zusätzliche Mittel im Umfang von 200 Erzieherstellen (ca. 6 Mio. Euro) bereitzustellen, entpuppte sich dies mittlerweile als Mogelpackung und verkappter Privatisierungsversuch der Berliner Schulhorten.

Aus dem Bezirksvorstand

- Der **Bürgerhaushalt** war Gegenstand ausführlicher Diskussionen im Vorstand. Torsten Kläring als Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden gab Informationen anhand des Haushaltsplanes 2009 zum Stand der Dinge. Es steht außer Zweifel, dass der Bürgerhaushalt auf Stadtteilebene ein wichtiges Instrument für Demokratie vor Ort ist, er bietet uns als LINKE viele Wege für Bürgerbeteiligung und berührt daher auch die Frage nach den Aktivitäten der Basisgruppen. Wenn Bedarf nach Information und Diskussion besteht, gibt es Genossinnen und Genossen die in die Basisgruppe eingeladen werden können – Bernd Preußner, Björn Tielebein, Torsten Kläring – in der Geschäftsstelle anrufen.
- Die **Kooperation zwischen der LINKEN und der SPD** auf Bezirksebene macht weiter Fortschritte. Es liegt jetzt ein gemeinsames Papier mit Projekten vor, an denen die Parteien kooperativ arbeiten. Zu den Positionen gehören der bezirkliche Haushalt, die Stärkung der bezirklichen Infrastruktur, Förderung und Begleitung des Referenzprojekts Gemeinschaftsschule am Beispiel Mozartschule, Umgestaltung der Ringkolonnaden im Sinne der BVV-Beschlüsse, Zusammenarbeit im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Für jedes der Projekte werden die Parteien Verantwortliche vorgeschlagen, für das Projekt Schule haben wir z.B. Manuela Schmidt, Ute Thomas und Margrit Barth benannt.
- Die Volksinitiative bzw. das **Volksbegehren**

Entgegen eigenen Aussagen stehen die Mittel keineswegs für neue Erzieherstellen bereit, sondern nur als Sachmittel in Kooperation mit freien Trägern. Da die Schulen bereits jetzt unter chronischem Personal-mangel leiden, bedeutet dies nichts anderes als eine Zwangsprivatisierung der Berliner Schulhorten und den Übergang zu Niedriglöhnen im Bildungsbereich.

Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) sowie Ute Thomas, Vorsitzende des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport, machten auf die katastrophalen Folgen dieser Zwangsprivatisierung aufmerksam. Im Gegensatz zu den tariflich bezahlten und hoch qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern in den kommunalen Schulhorten verdienen ihre Kolleginnen und Kollegen in freier Trägerschaft weniger, zudem sind sie nicht mehr im den Schulkonferenzen vertreten. Anspruchsvolle pädagogische Konzepte wie die flexible Schuleingangsphase sowie das gemeinsame und gleichberechtigte Zusammenwirken von LehrerInnen und ErzieherInnen werden so konterkariert und demokratische Mitbestimmungsrechte ausgehebelt.

Beide sprachen sich erneut für die Stärkung der Schulhorten als integralem Bestandteil der Bildungseinrichtung Schule aus und verwahrten sich gegen eine Umwandlung von Schulhorten in Aufbewahrungsanstalten für Kinder. Darüber hinaus kündigten sie eine scharfe inhaltliche

„Mehr Demokratie beim Wählen“ war Gegenstand eines Tagesordnungspunktes. Martin Wilke, ein Mitglied der Initiative „Mehr Demokratie“, informierte a) über eine Volksinitiative, deren Anliegen u.a. die Senkung bzw. Abschaffung von Sperrklauseln für Abgeordnetenhaus und BVV sind und b) über ein Volksbegehren, dessen Sinn vor allem darin besteht, das Interesse am Parlamentarismus wieder zu stärken. Unter diesem Aspekt wird – zum Beispiel – vorgeschlagen, dass jeder Wähler 5 Parteistimmen erhält, die er beliebig auf Parteien verteilen kann. Der Bezirksvorstand hat sich zu den Vorschlägen nicht positioniert.

• Der **Bezirksvorstand empfiehlt der Bezirksorganisation, sein Mandat um ein weiteres Jahr zu verlängern.** Das hängt damit zusammen, dass eine in der Landessatzung festgelegte Begrenzung der Wahlperiode nicht die Notwendigkeit ergibt, auch die Wahlperioden in den Bezirken zu verkürzen. Wir schlagen deshalb vor, die in der Bezirkssatzung § 19 (2) festgelegten Ausnahmeregelungen für den gewählten Parteivorstand aufzuheben, so dass die reguläre Wahlperiode von 2 Jahren gilt. Der Bezirksvorstand wird einen entsprechenden Antrag, auf einer für Oktober geplanten Tagung der Hauptversammlung einbringen. Auch bei Ablehnung dieses Antrages wird die fristgerechte Neuwahl gewährleistet sein. Das Ganze gilt analog auch für die Hauptversammlung.

Wilfried Maier

Bezirksvorstandsmitglied

Auseinandersetzung mit dem rot-roten Senat an.

Mit großer Mehrheit beschloss die BVV einen überfraktionellen Antrag der Fraktionen der SPD und der LINKEN, der von dem Senat die versprochene Einrichtung von 200 ErzieherInnenstellen im öffentlichen Dienst einfordert und darauf dringt, die demokratischen Mitbestimmungsrechte zu wahren.

Ein weiterer Antrag der LINKEN, die Übertragung von Schulhorten generell zu stoppen, fand leider nicht die Mehrheit der Verordneten. Er wurde mit knapper Mehrheit in den Bildungsausschuss überwiesen.

Torsten Kläring

Geschichten für die Enkel

Die Geschichte der DDR, die ja für viele der LINKEN Teil ihrer Lebensgeschichte ist, wird verständlicherweise breit diskutiert, und dass es dazu recht unterschiedliche Auffassungen und Meinungen gibt, ist unübersehbar. Ebenso unübersehbar ist aber auch, dass es Bestrebungen gibt, diese Debatte in die Richtung einer grundsätzlichen Diffamierung der DDR zu drängen. Deshalb haben wir uns auf der Hauptversammlung im Januar 2008 die Aufgabe gestellt, Bewahrenswertes aus der DDR für die Enkelgeneration nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Dazu wollen wir eine neue literarisch-musikalische Tradition mit einer jährlichen Veranstaltung „Geschichte(n) für die Enkel“ schaffen. Am 5. Oktober 2008 werden wir diese Reihe im Theater am Park eröffnen.

Die Geschichten sollen auf jeden Fall etwas mit dem Alltag in der DDR zu tun haben. Wenn es lustig ist, umso besser, aber wir wissen, es war nicht immer lustig. Besonders gefragt sind natürlich die letzten Jahre der DDR, denn dort liegen erfahrungsgemäß die größten Konflikte für unsere Generation bis zur so genannten Wende, hier gibt es auch die meisten Fragen der Jüngeren.

Manche haben schon etwas aufgeschrieben. Sie bitten wir, etwas auszuwählen, was man in etwa 15 Minuten vortragen kann. Und wer noch nichts hat, den ermuntern wir, jetzt mit einem entsprechenden Beitrag zu beginnen. Wer seinen Formulierungskünsten nicht traut – da kann durchaus geholfen werden. Und um sich zu beteiligen, muss man weder Mitglied der LINKEN sein noch selbst Enkel haben.

Einige dieser Beiträge sollen auf der Veranstaltung von den Autoren vorgetragen werden (wer sich das nicht zutraut, kann sich natürlich auch helfen lassen). Auch Beiträge, die nicht vorgetragen werden, wollen wir, natürlich in Absprache mit den Autoren, veröffentlichen. Beiträge können bis zum 8. September in der Geschäftsstelle eingereicht werden, dort kann man sich auch weitere Informationen holen.

Bernd Preußner

Das Grün hat besonderen Stellenwert in Berlin

Berlin steht vor der Sommerpause. Zahlreiche Touristen und natürlich die Berlinerinnen und Berliner genießen es, dass es in Berlin viele Parks und Grünanlagen gibt.

Die Berliner Verwaltung vergisst in keinem ihrer strategischen Papiere oder Leitbilder zu betonen, welchen besonderen Stellenwert das Grün in Berlin einnimmt. Sieht man sich die konkreten Beschlusslagen an, muss man leider feststellen, dass die Auffassung, „das bisschen Grün“ macht sich von allein, weit verbreitet ist.

Bei der Diskussion um die einheitliche Ämterstruktur tragen alle Fachgremien schwerste Bedenken über die Unterordnung der Grünpflege und Landschaftsplanung in ein Amt, was zuerst Tiefbauamt heißt, vor. Das Abgeordnetenhaus muss nun darüber entscheiden, ob Natur- und Umweltschutz in der Berliner Verwaltung ein eigenständiges Amt sein soll oder der Schwerpunkt auf Tiefbau gelegt wird.

Bei den Grünflächen liegt eine seit 2005 auf der Bundes- und Landesebene zwischen allen Fachleuten abgestimmte Konzeption zur effizienten und fachlich sinnvollen Bewirtschaftung von Grünpflege vor.

Der Rat der Bürgermeister und unser Koalitionsvertrag mit der SPD haben sich eindeutig für die Einführung eines optimierten Regiebetriebes und deren Ausfinanzierung ausgesprochen.

Das Grünflächenamt unseres Bezirkes gehört seit Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in Berlin zu den Ämtern, die eine effiziente Arbeit leisten und weit unter den Durchschnittskosten der Bezirke liegt.

Die Abt. Ökologische Stadtentwicklung wird auch in diesen Haushaltsberatungen wieder ihre Bereitschaft zeigen, Bereiche, deren Kosten über den Durchschnittskosten liegen, zu unterstützen. Jedoch muss man festhalten, dass Leistungsträger, wenn ihnen die erforderlichen Mittel vorenthalten werden, um strukturelle Investitionen, erforderliche Personalausstattung und Modernisierung der Arbeitsmittel ermöglichen, ihr Niveau objektiv nicht halten können.

Der demografische Wandel und vor allem die fehlende Neueinstellung für die Berliner Verwaltung seit über 10 Jahren bewirken nicht nur im Grünflächenamt eine Überalterung der Mitarbeiter/-innen, was sich aber in produzierenden Bereichen besonders gravierend auswirkt.

Wenn der Rat der Bürgermeister beschlossen hat, dass in der Berliner Verwaltung Auszubildende mit guten Abschlüssen künftig dauerhaft übernommen werden können, ist ein erster Schritt getan.

Für eine gute, effiziente Pflege unserer Grünanlagen werden in absehbarer Zeit wichtige Entscheidungen fallen. Ich hoffe auf die Unter-

stützung unserer Vertreterinnen und Vertreter im Abgeordnetenhaus für eine sachgerechte Ausstattung eines eigenständigen Natur- und Umweltamtes in allen Berliner Bezirken.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Grünflächenamtes, die neben einer regelmäßigen guten Pflege auch über eingeworbene Drittmittel eine hervorragende Neugestaltung von Park- und Grünanlagen umsetzen konnten,

gehört unser Respekt. Ein besonders gutes Beispiel kann seit der Eröffnung des Altlandsberger Platzes am 18.6.2008 im Wohngebiet Landsberger Tor genutzt werden. Über eine neue Plansche haben sich die Kinder der Kita „Abenteuerland“ besonders gefreut.

Norbert Lüdtke
Bezirksstadtrat
für Ökologische Stadtentwicklung

Post an uns:

Klaus Lederer im Schloss

Zu Beginn entschuldigte Klaus Lederer unseren Abgeordneten Carl Wechselberg – der zu dieser Stunde dabei ist, Vater zu werden und deshalb nicht an unserer Basisversammlung im Schloss Biesdorf teilnehmen kann. Inzwischen wissen wir, der Sohn heißt Emil – herzlichen Glückwunsch, Carl!

Die Ankündigung, dass der Landesvorsitzende der Berliner LINKEN im Schloss spricht, hatte auch andere Biesdorfer Bürger animiert, an unserer Versammlung teilzunehmen.

Themen waren der Cottbuser Bundesparteitag und die Berliner Landespolitik. Für mich war interessant, von der Wertschätzung für die GenossInnen der Berliner LINKEN bei den Wahlkämpfen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg zu hören und wie Gernot Klemm aus Pankow die ersten Schritte der neuen LINKEN-Fraktionen begleitet.

An diesem Abend wurde ein breites Feld der Berliner Landespolitik beackert. Die Gesprä-

che reichten von den Wasserbetrieben, die von der CDU/SPD-Regierung privatisiert wurden und nun nach unserem Willen reprivatisiert werden sollten, bis zum Stundenausfall in den Schulen. Zum Volksentscheid Tempelhof gab es Kritik, dass bis heute kein Nutzungskonzept existiert und die Anmerkung, wie die Berliner Großunternehmen diesen Volksentscheid mit hohem finanziellen Aufwand politisch missbraucht haben. Klaus Lederer wurde zu den Tarifverhandlungen mit den öffentlich Beschäftigten, zum Vertrag von Lissabon, zur Privatisierung der Sparkassen und zur Gesundheitswirtschaft befragt.

Ich empfand den Abend als eine echte Bereicherung und war ein wenig stolz, dass wir in Berlin einen so sachkundigen und politisch gebildeten jungen Vorsitzenden haben. Dank an Franz Folerzinski, der den Abend organisiert hat. Und die Gäste möchten, so denn die LINKE ein interessantes Thema hat, wieder eingeladen werden.

Wilfried Maier

Infosplitter • Infosplitter • Infosplitter

Ehrenmal

Brodauer Straße

Das Bezirksamt wird verschiedene Arbeiten am und um das sowjetische Ehrenmal an der Brodauer Straße durchführen. Der Entwurf zur Rekonstruktion der Freifläche um das Ehrenmal wird in Kürze fertig sein. Er beinhaltet die Sanierung und Neuordnung der Zugänge incl. barrierefreier Zugänglichkeit der Wege der Flächen vor und um das Ehrenmal und die Überarbeitung der Pflanzungen.

Altlandsberger Platz

Was lange währt, wird gut. Auch für die Anlage des Altlandsberger Platzes im Wohngebiet Altlandsberger Tor gilt diese alte Regel. Am 18. Juni 2008 konnte Stadtrat Norbert Lüdtke, im Beisein des Bürgermeisters von Altlandsberg, Bürgermeisterin Dagmar Pohle, von Bewohnerinnen und Bewohner und vie-

len Kindern aus der benachbarten Kita, den neuen Platz übergeben. Viel Geduld und viele Verhandlungen über Geld waren nötig. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: eine schön gestaltete Grünfläche mit Wasserspielen, die von den Kindern schon gleich mal ausprobiert wurden.

Sportjugendklub in der Franz-Stenzer-Straße bleibt

Der Sportjugendclub in der Franz – Stenzer – Straße 30, kann seine Arbeit fortsetzen. Nachdem eine Finanzierung der Betriebskosten durch den Bezirk nicht mehr möglich war, ist es Gabi Hiller (MdA) und Manuela Schmidt zu verdanken, dass Sponsoren gefunden werden konnten, die die Begleichung der Betriebskosten übernehmen.

Renate Schilling

Politische Bildung: Die 68er – nichts bewirkt, alles ruiniert?

Interessanter Vortragsabend im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum

Das Jahr 1968 geistert zurzeit durch alle Medien. 40 Jahre ist es her, da brach sich eine neue soziale und gesellschaftspolitische Bewegung den Weg in die Weltöffentlichkeit – nicht nur im Westen. Dort brach eine neue Generation lautstark mit machtvollen Aktionen, Demonstrationen und phantasievollen Losungen mit dem Konsumdiktat der Monopole – des „Stamokap“, mit der politischen und kulturellen Vergangenheit des tradierten Systems der autoritären Machtausübung, und sie stellte den Eltern Fragen zu ihrer Biografie.

1968 war der Kulminationspunkt einer historischen Phase, von der ihre Akteure später sagten: „Sie hat befreit, sie hat verbogen, sie hat geprägt“. Im Osten war die Entwicklung politisch „gebremst“. Eine politisch gut disziplinierte Kaderarmee von Parteisolddaten in allen Altersklassen und Schichten der Bevölkerung glaubte an die Wahrheit der Partei. Neue Gedanken, neue Utopien einer anderen – demokratischen – sozialistischen Gesellschaft hatten es

schwer, ob in Belgrad, Peking, Prag oder Leipzig. Sie wurden aber gedacht und geträumt, zum Beispiel von Georg Lukács, Ernst Bloch oder Ota Šik und Radovan Richta. Offene Revolten wurden aber im Keim erstickt: die Studentenunruhen in Belgrad, die März-Unruhen in Polen, der „Prager Frühling“.

Ursachen und Auslöser, die im Westen wie im Osten gleich oder ähnlich wirkten, gab es viele: den Vietnamkrieg, die Ermordung Martin Luther Kings, die Ostermärsche, das Aufbegehren nach mehr politischer Unabhängigkeit im Ostblock, die entstehenden Emanzipationsbewegungen der Frauen, der Schwulen und Lesben, die sexuelle „Befreiung“ (Pille).

Stand die „Zivilisation am Scheideweg“ (Radovan Richta)? Dr. Stefan Bollinger hat sich diese Frage auch gestellt – und ein Buch über „1968 – die unverstandene Weichenstellung“ geschrieben, das kurz vor dem Erscheinen steht. Darin hat er eine Unmenge Fakten und Indizien zusammengetragen,

die die damaligen Ereignisse als Reaktion auf die neoliberalen Entwicklungstendenzen weltweit, die imperialen Herrschaftsansprüche in Ost und West, die neue Situation und Rolle der Intelligenz und die Folgen der unverstandenen wissenschaftlich-technischen Revolution spiegeln. Fertige Antworten gibt Bollinger nicht vor. Eher stellt er weitergehende Fragen, z.B.: Was verändert Gesellschaften?

Die Diskussion nach Bollingers Vortrag war lebhaft und von persönlichen Erinnerungen der Beteiligten geprägt. Sie betrafen vor allem die Reaktion auf den „Prager Frühling“ und die Reformbestrebungen in der DDR.

Im Juli und August macht das Marzahner Gesellschaftspolitische Forum seine traditionelle Sommerpause. Danach findet – wie immer – am 2. Dienstag des Monats (9. September), um 19.00 Uhr die nächste Veranstaltung im KulturGut Marzahn (Alt-Marzahn 23) statt.

Dr. Wolfgang Girnus

Aus den Siedlungsgebieten Die Freilichtbühne im Grünen - die Biesdorfer Parkbühne

Im kommunalen Wahlprogramm tritt DIE LINKE für die Stabilisierung und den Ausbau der soziokulturellen Infrastruktur in den Siedlungsgebieten ein.

Im Ortsteil Biesdorf sind mit dem Theater am Park, dem Schloss Biesdorf und der Freilichtbühne im Schlosspark Biesdorf gleich drei wichtige Kulturstandorte beheimatet.

Durch die gute Kooperation zwischen dem Bezirksamt und den Trägern der Kulturarbeit werden anspruchsvolle Programme und kulturelle Höhepunkte dargeboten.

Durch hohes ehrenamtliches Engagement und berufliche Fertigkeiten wirken diese Einrichtungen für kulturelle Höhepunkte und werben für Verständigung und Toleranz.

Vor vier Jahren weckte die DerArtGmbH / Die Kiste unsere romantische, aber verfallene Freilichtbühne im Biesdorfer Park wieder aus dem Winterschlaf. Seitdem finden hier in jedem Jahr von Mai bis September

Sommerkonzerte, Open Air Kinoveranstaltungen und kulturelle Programme statt. Dabei sind die Veranstalter bemüht, alle Altersgruppen anzusprechen. Das Programm reicht von Volksmusik über Geschichtenlieder im Traumzauberwald für Kinder, Biesdorfer Tanzshow bis zur Oldieparty und Rocknacht.

Das Programm der Veranstalter um Fred Schöner ist längst zum Geheimtipp in Berlin geworden. Konflikte zwischen der Nutzung der Parkbühne und dem Zustand des Biesdorfer Schlossparks konnten durch die Veranstalter minimiert werden.

Die Freilichtbühne im Schlosspark, die bereits Mitte der 50er Jahre erbaut wurde, gehört zu den kulturellen Orten unseres Bezirkes, die Künstlern und Gästen viele schöne Stunden bereiten.

Wir werden diesen Kulturstandort auch weiter fördern und unterstützen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender

Post an uns: Gesundes Frühstück!

Schade, ich hätte gern zu einer Einschätzung des Bezirksamtes zur gemeinsamen Aktion des Bezirksamtes und der „Arche“ einige persönliche Eindrücke mitgeteilt, da ich selbst und auch mein Sohn mit anderen Helfern vom 9. - 13. Juni täglich von 5.30 bis zirka 8.30 Uhr u.a. beim Schmierem und Belegen von rund 2500 Schrippen (Kaiser- und Mehrkornbrötchen) mitgemacht habe. So hatten in dieser Woche 2500 Kinder Tag für Tag ein leckeres und tatsächlich gesundes Frühstück kostenlos bekommen, denn zu unseren Schrippen gab's noch Bananen, Äpfel, Möhren, Tomaten, Vitamingetränke, Schokoriegel, Joghurt und vielleicht noch mehr, ich war nur selten beim Tütenpacken dabei.

Leider wurde eine dazu eingereichte fünfteilige Große Anfrage wegen der dienstlich bedingten Abwesenheit von Schulstadtrat Komoß während der BVV-Sitzung zurückgestellt und wird nun erst in der Juli-BVV behandelt.

Dem vorgreifen möchte ich nicht, bin aber sicher, dass das Fragezeichen hinter der gleichen Überschrift auf Seite 4 in der Juni-Ausgabe von „Marzahn-Hellersdorf links“ fehl am Platze war.

Horst Schubert
Basisgruppe 27



Punk-Festival feiert sein fünfjähriges Bestehen:

„Resist to Exist“ vom 8. bis 10. August 2008

Außerdem: Am 13.9. ist „Rock für Links“

Konzertsommer 2008: Vom „Resist to Exist“ ...

Vom 8.8. bis 10.8.2008 ist es wieder soweit – das fast schon zur Tradition gewordene Punk-Festival „Resist to Exist“ feiert sein Fünfjähriges. Wie auch im vergangenen Jahr wird das Roof-Gelände (Nordring 15, nahe S7-Bhf. Mehrower Allee) für zwei Tage zur Zeltstadt für mehrere tausend BesucherInnen. Mehr Infos rund um die Kartenbestellung, Übernachtungen und die Anreise, Bands und vieles mehr findet Ihr unter www.resisttoexist.de.vu.

Im Folgenden ein kurzer Auszug aus der Geschichte des Punk-Festivals am Berliner Stadtrand:

„Im Jahr 2004 wurde das Resist to Exist Festival geboren – und war auf Anhieb ein voller Erfolg! Zwei Tage feierten Punks, Skins und anderes „Gesocks“ im Schlosspark Biesdorf ein rauschendes Fest, hörten ohne Ende gute Musik, tranken Unmengen von Bier und zeigten so, dass sie sich nicht so einfach vertreiben lassen würden. [...] Und an Zelten im Park war natürlich auch nicht zu denken – was sollten die Rentner sagen, wenn sie ihren morgendlichen Spaziergang durch ein Punkerzeltlager antreten müssten? Diese und andere Gründe haben dazu geführt, dass wir eine neue Location für das Festival

gesucht und gefunden haben – das Roof-Gelände – ebenfalls in Berlin-Marzahn. Hier gibt es keine Eichhörnchen, keine Rentner und auch sonst viel weniger Stress, dafür aber jede Menge Platz zum Zelten, um zwei Bühnen und einen Tresen aufzubauen und so das größte Punkrockfestival ins Leben zu rufen, das Berlin je gesehen hat!!! Dabei sind – trotz Standortwechsels – unsere Aussage und unser Anliegen aktueller denn je! Immer mehr Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich und die Tatsache, dass die NPD es in die Bezirksverordnetenversammlung geschafft hat, zeigen, dass kreative Formen des Protests nach wie vor dringend nötig und wichtig sind!“, heißt es auf der Internetseite der VeranstalterInnen.



Resist to Exist: 2007 besuchten Tausende junge Leute das Festival.

... zum „Rock für Links“

Rock für Links – das sind einmal im Jahr chillige Musik, politische Infos und Hintergründe, Sommer, Sonne und sicher viel Spaß. Ein Tag im Jahr an dem Tausende vorwiegend junge, aber auch ältere Leute den Bezirk Marzahn-Hellersdorf von links besetzen und eine Alternative zum Mainstream schaffen. „Rock für Links“ ist an diesem Tag auch Freiraum für antifaschistisches Engagement und emanzipatorische Lebensgestalt-

ung in diesem Berliner Stadtteil. Doch auch wenn vor allem die BesucherInnen dieses Festival dieses Erlebnis nur an eben jenem Veranstaltungstag erfahren, arbeiten ehrenamtlich schon Monate zuvor viele Leute an der Organisation. Bands und DJ'anes müssen angefragt, Finanzen besorgt und Flyer gedruckt werden, damit „Rock für Links“ in jedem Jahr stattfinden kann. Ein solches Festival lebt vom Engagement seiner BesucherInnen!

K wie Kommunismus

Die Frage, wann „Kommunismus“ ist, bewegt doch jeden Linken irgendwie. Denn dieser Begriff ist heute genauso weit auslegbar wie fehlinterpretierbar. Eine gemeinsame Definition existiert vor allem für junge Linke schon lange nicht mehr. Kommunismus wird in der öffentlichen Meinung verschmäht. Nicht überraschend. Auf der anderen Seite tendieren einige Linke dahin, Kommunismus als eine Art Allheilmittel anzusehen: „Wenn erstmal Kommunismus ist, dann haben wir solche Probleme nicht mehr!“ Doch wie löst er denn nun das Problem bspw. von Homophobie im Fußball? Dann heißt es, dass „dann schon alles perfekt sein wird“. Oder was kommt nach dem Kommunismus?

Es ist natürlich schwierig etwas zu benennen, was mensch nicht kennt. Kommunismus ist möglicherweise, wie auch immer mensch ihn sehen mag, die beste Art des Zusammenlebens, die Menschen sich in der heutigen Welt vorstellen können. Wenn es jedoch soweit ist, werden die Menschen, welche alle hoch gebildet und materiell voll abgesichert sind, ganz neue Ideen von Gesellschaft entwickeln, welche wir heute bestenfalls errahnen können. Deshalb sollte Kommunismus kein Ziel sein, sondern als eine Methode verstanden werden, wie Menschen solidarisch miteinander leben können. Denn einfordernswerte Prinzipien von Gesellschaftsformen wird sich die Menschheit nicht wieder nehmen lassen.

Christian Schwinge

Du kannst mitmachen und entweder beim Konzert selbst oder bei der Organisation im Vorfeld helfen. Wenn du Lust hast, Teil des Rock-für-Links-Teams in diesem und/oder im nächsten Jahr zu werden, melde Dich unter rock.fuer.links@gmx.de oder schau auf unserer Homepage unter www.rockfuerlinks2008.de vorbei!

Rock für Links Bündnis

Veranstaltungen

» **18.7., 19 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, „Musik und Politik“ mit Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, Carl Wechselberg (MdA), Regina Kittler (BVV), Musikalisch-Literarisches: Wolfgang Reuter

Öffnungszeiten im Sommer

Der Linke Treff, Henny-Porten-Straße 10 - 12, 12627 Berlin hat folgenden Geschäftsbetrieb während der Ferienwochen vom 14.7. - 31.8.2008:

Dienstag: 9 - 17 Uhr

Donnerstag: 9 - 19 Uhr

Montags, mittwochs und freitags ist in diesem Zeitraum nicht geöffnet.

Bezirksvorstand

» **8.7., 22.7., 12.8. und 26.8.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **3.9.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **3.9.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» **4.9.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26

» **4.9.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» **24.7.**, 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen mit einem Bericht über Kuba**

» **26.8.**, 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahnener Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Basisgruppe 72

» **7.7.**, 19 Uhr, Haus der Möglichkeiten, Mittendrin in Hellersdorf e.V., Brodauer Straße 27-29, 12621 Berlin, Basisgruppenversammlung „DIE LINKE - Probleme und Chancen. Zu Gast: Hans Modrow. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Sprechstunden

» **20.8., 16 - 18 Uhr, Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **27.8., 19 - 21 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdA), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» **jeden Donnerstag** im Juli und wieder ab September 2008 (jedoch nicht im August), **10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Hinten links

Ein "Briefmonopol" der Deutschen Post ...

... gab es noch nie.

Nicht erst, seit PIN & Co. in die Post-Domäne einbrachen.

Die Feldpost der Bundeswehr ist mit ihrer Feldpostleitstelle und ihren Feldpostämtern der Streitkräftebasis zugeordnet und hat ihre Zentrale im Materialdepot Darmstadt.

Weltweit sind ca. 100 Feldpostsoldaten und -soldatinnen im Einsatz für die gegenwärtig etwa 8.000 Feldpostnutzer, für die monatlich rund 60.000 Brief- und 15.000 Frachtsendungen befördert werden!

Frage

Über die Feldpost kommen neben „Fresspaketen“, Liebesbriefen und Hochglanzpostkarten mit exotischen Hochgebirgs-, Wüsten- oder Orientbasarmotiven auch schwarz umrandete Kuverts – zählt irgendwer auch die Tränen?

R. Rüdiger

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Offen: Dienstag 9 - 17 Uhr,
Donnerstag 9 - 19 Uhr

Geschlossen: Montag, Mittwoch, Freitag
(im Zeitraum 14.7. - 31.8.2008)

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 54 12 130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 30.6.2008. Auslieferung ab: 2.7.2008. **Druck:** Eigen- druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 4.9.2008 (August - Sommerpause!) und 9.10.2008.